

28.10.02

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Mitteilung der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur Regelung der BSE-Folgekosten

Der Parlamentarische Staatssekretär Matthias Berninger bei der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft hat mit Schreiben vom 23. Oktober 2002 zu der Entschließung des Bundesrates zur Regelung der BSE-Folgekosten (Drs. 313/01(Beschluss)), die der Bundesrat in seiner 764. Sitzung am 1. Juni 2001 gefasst hat, wie folgt Stellung genommen:

Mitteilung der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur Regelung der BSE-Folgekosten

Die Entschließung entspricht nicht den Vorstellungen der Bundesregierung. Sie wurde gefasst, nachdem am 26.04.2001 in einem Gespräch bei BK Schröder erneut keine Einigung hinsichtlich der Finanzierung der BSE-Folgekosten erreicht werden konnte. In diesem Gespräch wurde seitens BMVEL darauf hingewiesen, dass die Forderung der Länder nach einer überwiegenden Kostenbeteiligung des Bundes und der EU erfüllt sei, da bereits der vom Bund im laufenden Haushaltsjahr bereitgestellte Betrag deutlich höher war als die von den Ländern in den Jahren 2001 und 2002 zur Finanzierung der BSE-Folgekosten vorgesehenen Mittel. Angesichts der Höhe der Bundesbeteiligung war die Kürzung bei der GAK unumgänglich. Auch die Länder finanzierten jedenfalls einen Teil ihrer entsprechenden Ausgaben durch Umschichtung im jeweiligen Haushalt.

Die Bundesregierung hat im Rahmen der Beantwortung der Großen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion „Situation und Perspektiven der Landwirtschaft in Deutschland“ auch zur Finanzierung der BSE-Folgekosten eingehend Stellung genommen. Insofern verweise ich auf die Bundestagsdrucksache 14/8072 (Fragen 61 bis 64), in der die Bundesregierung folgende Auskunft gab:

Frage 61:

Wie hoch schtzt die Bundesregierung die BSE-Folgekosten?

Antwort:

Aufgrund der BSE-Krise sind in Deutschland im Jahre 2001 für

- die Entsorgung der Futtermittelaltbestände in landwirtschaftlichen Betrieben und in der Futtermittelwirtschaft,
- die laufende Entsorgung/Beseitigung von Schlachtabfällen und gefallenen Tieren einschließlich des Risikomaterials,
- die Durchführung der BSE-Tests bei Schlachttieren älter als 24 Monate sowie im Rahmen des TSE-Überwachungsprogramms,
- die Hilfsprogramme der Länder zum Ausgleich von BSE-bedingten Einkommensverlusten,

- den deutschen Finanzierungsanteil an den aus dem EU-Haushalt finanzierten BSE-bedingten Maßnahmen,
- den nationalen Anteil an den EU-veranlassten Herauskaufmaßnahmen von älteren Rindern einschließlich der Rindfleischlieferungen nach Nordkorea sowie
- sonstige BSE-bedingte Maßnahmen

Gesamtkosten von 723 Mio. Euro entstanden.

Für das Jahr 2002 rechnet die Bundesregierung mit Gesamtkosten von rd. 675 Mio. Euro.

Frage 62:

In welcher Höhe hat sich der Bund an den BSE-Folgekosten beteiligt?

Antwort:

Von den BSE-Folgekosten trägt der Bund

- den deutschen Finanzierungsanteil an den aus dem EU-Haushalt finanzierten BSE-bedingten Maßnahmen (für 2001 geschätzt rd. 200 Mio. Euro, für 2002 geschätzt 300 Mio. Euro). Im Rindfleischkapitel für das EU-Haushaltsjahr 2001 wurden als Ausgaben für die Lagerhaltung 325,8 Mio. Euro, für außergewöhnliche Stützungsmaßnahmen im Vereinigten Königreich 245,6 Mio. Euro, für das Programm zur obligatorischen Schlachtung 54,8 Mio. Euro, für BSE-Tests 12,1 Mio. Euro und für die Herauskaufaktionen 199,9 Mio. Euro ausgewiesen (Gesamt: 838,2 Mio. Euro). Der BSE-bedingte Anteil an der Lagerhaltung wird als sehr hoch eingeschätzt, lässt sich aber nicht genauer quantifizieren. Im Veterinärkapitel des EU-Haushaltes 2001 sind weitere BSE-bedingte Ausgaben in Höhe von 65,85 Mio. Euro ausgewiesen. Der deutsche Finanzierungsanteil am EU-Haushalt liegt bei rd. 24 %,
- den nationalen Anteil an den EU-veranlassten Herauskaufmaßnahmen von älteren Rindern einschließlich der Rinderfleischlieferungen nach Nordkorea,
- die Kosten der Entsorgung der Futtermittelaltbestände in landwirtschaftlichen Betrieben zu 100% (mit allen Ländern wurden entsprechende Verwaltungsvereinbarungen abgeschlossen) sowie der Altbestände bei der Futtermittelwirtschaft in Höhe von 20 Mio. Euro.

Für die beiden zuletzt genannten Maßnahmen wurden im Haushaltsjahr 2001 außerplanmäßige Mittel in Höhe von 185 Mio. Euro (Herauskauf) und 32 Mio. Euro (Entsorgung der Altbestände) bereitgestellt. Von den außerplanmäßig für die beiden Herauskaufaktionen zur Verfügung gestellten Mitteln wurden rund 66 Mio. Euro beansprucht. Für die Restabwicklung dieser Maßnahme aus 2001 werden im Haushaltsjahr 2002 noch weitere Mittel benötigt.

Darüber hinaus hat die Europäische Kommission die Ankaufmaßnahme bis zum 31. März 2002 verlängert und auf den Ankauf von Kuhfleisch beschränkt. Auch insoweit trägt der Bund den nationalen Anteil. Zu diesem Zweck wurden wiederum außerplanmäßige Mittel i.H.v. 20 Mio. Euro bereitgestellt. Die Entsorgungskosten für Futtermittelaltbestände bei den landwirtschaftlichen Betrieben trägt der Bund zu 100% (von den den Ländern zur Verfügung gestellten rund 12 Mio. Euro haben diese rund 10 Mio. Euro verausgabt). Darüber hinaus beteiligte sich der Bund an

den Kosten der Entsorgung tiermehlhaltiger Altfuttermittel-Bestände in der Futtermittelindustrie mit 20 Mio. Euro. Zur Gegenfinanzierung wurde in 2001 der Plafonds der GAK um 64 Mio. Euro auf rund 813 Mio. Euro gekürzt.

Frage 63:

In welcher Höhe und an welchen Kosten haben sich die einzelnen Bundesländer im Rahmen von BSE-Bekämpfungsmaßnahmen beteiligt?

Antwort:

Nach Angaben der Länder vom März/April 2002 betrugen die Gesamtkosten für

- die laufende Entsorgung/Beseitigung von Schlachtabfällen und gefallen Tieren einschließlich des Risikomaterials,
- die Durchführung der BSE-Tests bei Schlachttieren älter als 24 Monate sowie im Rahmen des TSE-Überwachungsprogramms,
- die Hilfsprogramme der Länder zum Ausgleich von BSE-bedingten Einkommensverlusten sowie für
- sonstige BSE-bedingte Maßnahmen im Jahr 2001 insgesamt rd. 409 Mio. Euro.

Davon wurden aus den Länderhaushalten insgesamt rd. 138 Mio. Euro finanziert. Für das Jahr 2002 rechnen die Länder mit Gesamtkosten in Höhe von rd. 354 Mio. Euro, wovon rd. 78 Mio. Euro aus den Länderhaushalten finanziert werden.

Detailliertere Angaben sind den Anlagen 5 bis 11 zu entnehmen.

Soweit von einigen Ländern für die Beseitigung der Schlachtabfälle sowie für die BSE-Tests bei Schlachttieren Ausgaben aus den Landeshaushalten geleistet werden, weist die Bundesregierung darauf hin, dass hierfür kostendeckende Gebühren zu erheben sind.

Frage 64:

In welcher Höhe und an welchen Kosten haben sich die anderen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen von BSE-Bekämpfungsmaßnahmen beteiligt?

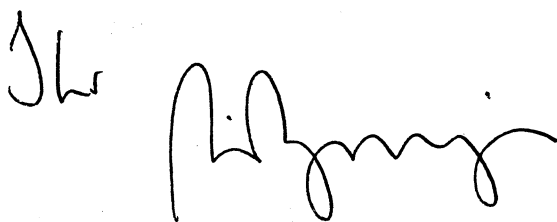
Antwort:

Nach vorliegenden Informationen der Bundesregierung, die auf einer Mitteilung der Europäischen Kommission für den Agrarrat vom 20. November 2001 beruhen, beträgt das Beihilfevolumen der übrigen Mitgliedstaaten für verschiedenartige BSE-Maßnahmen insgesamt 690 Mio. Euro. Bei den Maßnahmen handelt es sich überwiegend um direkte Einkommensbeihilfen für die von der BSE-Krise betroffenen Wirtschaftsbeteiligten (vorwiegend Erzeuger), um die finanzielle Beteiligung an den Transportkosten des Risikomaterials sowie um die nationale Beteiligung an den BSE-Testkosten.

Darüber hinaus haben die übrigen Mitgliedstaaten für die Beseitigung der Schlachtabfälle und der gefallenen Tiere nationale Beihilfen in Höhe von insgesamt rd. 968 Mio. Euro gezahlt. Nach Angaben der Kommission ist dieser Betrag wegen der nicht vollständigen Datenerhebung in den Mitgliedstaaten mit erheblichen Unsicherheiten behaftet.

Hinzuzurechnen ist der nationale Anteil der Mitgliedstaaten an den von der Europäischen Kommission beschlossenen Herauskaufaktionen. Hierbei haben Irland (277 Mio. Euro) und Frankreich (130 Mio. Euro), die gemeinsam mit Deutschland ca. 90 % der Maßnahmen durchführten, zusammen 407 Mio. Euro nationaler Mittel verausgabt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'Jh' followed by a cursive name that appears to be 'H. Müller'.

**BSE-Folgekosten für die laufende Entsorgung/Beseitigung von Schlachtabfällen
und gefallen Tieren einschließlich Risikomaterial:**

Schlachtabfälle				
2001			2002	
Bundesländer	Gesamtkosten	davon Finanzierung aus dem Landes-HH.	Gesamtkosten	davon Finanzierung aus dem Landes-HH.
Baden-Württemberg	49.300.000 DM (25.206.690 €)	19.000.000 DM (9.714.546 €)	30.000.000 €	0
Bayern	76.000.000 DM (38.858.183 €)	9.000.000 DM (4.601.627 €)	38.000.000 €	6.500.000 €
Berlin	845.000 DM (432.042 €)	225.000 DM (115.041 €)	430.000 €	115.000 €
Brandenburg	5.379.000 DM (2.750.239 €)	0	2.750.000 €	0
Bremen	1.300.000 DM (664.680 €)	0	660.000 €	0
Hamburg	268.946 DM (137.510 €)	0	177.500 €	0
Hessen	7.400.000 DM (3.783.560 €)	0	3.500.000 €	0
Mecklenburg-Vorpom.	12.400.000 DM (6.340.020 €)	0	5.400.000 €	0
Niedersachsen	40.900.000 DM (20.911.837 €)	0	20.911.837 €	0
Nordrhein-Westfalen	40.000.000 DM (20.451.675 €)	0	20.000.000 €	0
Rheinland-Pfalz	(können vom Land nicht bezziffert werden)	(8.500.000 DM) (4.345.981 €)	(können vom Land nicht bezziffert werden)	(keine Angaben)
Saarland	2.241.380 DM (1.146.000 €)	0	1.146.000 €	100.000 €
Sachsen	2.580.000 DM (1.319.133 €)	1.092.600 DM (558.638 €)	1.320.000 €	558.638 €
Sachsen-Anhalt	11.000.000 DM (5.624.211 €)	0	5.500.000 €	0
Schleswig-Holstein	17.600.000 DM (8.998.737 €)	0	8.998.737 €	0
Thüringen	47.600.000 DM (24.337.494 €)	0	25.000.000 €	0
GESAMT	314.814.326 DM (160.962.011 €)	37.817.600 DM (19.335.833 €)	163.794.074 €	7.273.638 €

**BSE-Folgekosten für die laufende Entsorgung/Beseitigung von Schlachtabfällen
und gefallenen Tieren einschließlich Risikomaterial:**

Bundesländer	Gefallene Tiere			
	2001		2002	
	Gesamtkosten	davon Finanzierung aus dem Landes-HH.	Gesamtkosten	davon Finanzierung aus dem Landes-HH.
Baden-Württemberg	18.900.000 DM (9.663.417 €)	0	9.650.000 €	5.000.000 €
Bayern	26.500.000 DM (13.549.235 €)	ca. 11.000.000 DM (5.624.211 €)	13.500.000 €	5.500.000 €
Berlin	680.000 DM (347.678 €)	280.000 DM (143.162 €)	345.000 €	140.000 €
Brandenburg	17.664.000 DM (9.031.460 €)	5.888.000 DM (3.010.487 €)	9.032.000 €	3.010.000 €
Bremen	75.000 DM (38.347 €)	0	80.400 €	0
Hamburg	4.946 DM (2.530 €)	0	2.500 €	0
Hessen	4.200.000 DM (2.147.426 €)	1.400.000 DM (715.809 €)	2.000.000 €	660.000 €
Mecklenburg-Vorpom.	12.900.000 DM (6.595.665 €)	4.150.000 DM (2.121.861 €)	6.020.000 €	1.890.000 €
Niedersachsen	43.304.000 DM (22.140.983 €)	10.185.000 DM (5.207.507 €)	22.140.983 €	5.207.507 €
Nordrhein-Westfalen	22.000.000 DM (11.248.422 €)	10.000.000 DM (5.112.919 €)	11.200.000 €	0
Rheinland-Pfalz	4.500.000 DM (2.300.813 €)	2.800.000 DM (1.431.617 €)	3.300.000 €	1.100.000 €
Saarland	762.000 DM (389.604 €)	254.000 DM (129.868 €)	390.000 €	130.000 €
Sachsen	4.632.000 DM (2.368.304 €)	1.544.000 DM (789.435 €)	2.368.300 €	789.435 €
Sachsen-Anhalt	13.500.000 DM (6.902.440 €)	0	6.900.000 €	1.725.000 €
Schleswig-Holstein	9.850.000 DM (5.036.225 €)	3.100.000 DM (1.585.005 €)	5.036.225 €	0
Thüringen	10.728.000 DM (5.485.140 €)	3.576.000 DM (1.828.380 €)	5.625.000 €	1.875.000 €
GESAMT	190.199.946 DM (97.247.689 €)	54.177.000 DM (27.700.261 €)	97.590.408 DM	27.026.942 €

Kosten der BSE-Tests:

Bei Schlachttieren älter als 24 Monate				
Bundesländer	2001		2002	
	Gesamtkosten	davon Finanzierung aus dem Landes-HH.	Gesamtkosten	davon Finanzierung aus dem Landes-HH.
Baden-Württemberg	36.200.000 DM (18.508.766 €)	22.800.000 DM (11.657.455 €)	19.100.000 €	3.900.000 €
Bayern	48.000.000 DM (24.542.201 €)	30.000.000 DM (15.338.756 €)	24.000.000 €	15.000.000 €
Berlin	7.800 DM (3.988 €)	0	7.600 €	0
Brandenburg	3.089.900 DM (1.579.841 €)	0	1.750.000 €	0
Bremen	2.700.000 DM (1.380.488 €)	0	1.032.000 €	0
Hamburg	264.000 DM (134.981 €)	0	175.000 €	0
Hessen	3.300.000 DM (1.687.263 €)	3.300.000 DM (1.687.263 €)	1.600.000 €	1.600.000 €
Mecklenburg-Vorpom.	4.153.637 DM (2.123.721 €)	2.218.929 DM (1.134.520 €)	1.829.520 €	1.778.400 €
Niedersachsen	7.947.578 DM (4.063.532 €)	0	4.063.532 €	0
Nordrhein-Westfalen	22.915.000 DM (11.716.253 €)	0	10.000.000 €	0
Rheinland-Pfalz	2.300.000 DM (1.175.971 €)	1.200.000 DM (613.550 €)	(keine Angaben)	(keine Angaben)
Saarland	226.500 DM (115.808 €)	226.500 DM (115.808 €)	250.000 €	250.000 €
Sachsen	1.060.000 DM (541.970 €)	349.800 DM (178.850 €)	542.000 €	178.850 €
Sachsen-Anhalt	818.760 DM (418.625 €)	0	600.000 €	0
Schleswig-Holstein	16.835.000 DM (8.607.600 €)	0	5.193.500 €	0
Thüringen	3.510.473 DM (1.794.876 €)	907.939 DM (464.222 €)	(keine Angaben)	(keine Angaben)
GESAMT	153.328.648 DM (78.395.694 €)	61.003.168 DM (31.190.424 €)	70.143.152 €	22.707.250 €

Kosten der BSE-Tests:

im Rahmen des TSE-Überwachungsprogramms				
Bundesländer	2001		2002	
	Gesamtkosten	davon Finanzierung aus dem Landes-HH.	Gesamtkosten	davon Finanzierung aus dem Landes-HH.
Baden-Württemberg	1.650.000 DM (843.632 €)	1.650.000 DM (843.632 €)	1.000.000 €	1.000.000 €
Bayern	5.200.000 DM (2.658.718 €)	5.200.000 DM (2.658.718 €)	2.600.000 €	2.600.000 €
Berlin	3.600 DM (1.841 €)	3.600 DM (1.841 €)	9.040 €	9.040 €
Brandenburg	2.284.800 DM (1.168.200 €)	1.934.000 DM (988.840 €)	1.500.000 €	1.300.000 €
Bremen	25.000 DM (12.782 €)	25.000 DM (12.782 €)	12.782 €	12.782 €
Hamburg	0	0	5.000 €	5.000 €
Hessen	1.100.000 DM (562.421 €)	1.100.000 DM (562.421 €)	1.200.000 €	1.200.000 €
Mecklenburg-Vorpom.	809.846 DM (414.068 €)	809.846 DM (414.068 €)	348.480 €	348.480 €
Niedersachsen	4.897.340 DM (2.503.970 €)	4.897.340 DM (2.503.970 €)	2.312.114 €	2.312.114 €
Nordrhein-Westfalen	2.600.000 DM (1.329.359 €)	2.600.000 DM (1.329.359 €)	1.400.000 €	1.400.000 €
Rheinland-Pfalz	400.000 DM (204.517 €)	400.000 DM (204.517 €)	200.000 €	200.000 €
Saarland	93.000 DM (47.550 €)	93.000 DM (47.550 €)	50.000 €	50.000 €
Sachsen	1.060.000 DM (541.970 €)	359.700 DM (183.912 €)	542.000 €	183.912 €
Sachsen-Anhalt	710.024 DM (363.030 €)	262.454 DM (134.191 €)	360.000 €	137.000 €
Schleswig-Holstein	1.630.000 DM (833.406 €)	1.055.000 DM (539.413 €)	705.000 €	435.000 €
Thüringen	sind bei den Kosten der "BSE-Tests bei Schlachttieren" enthalten	sind bei den Kosten der "BSE-Tests bei Schlachttieren" enthalten	sind bei den Kosten der "BSE-Tests bei Schlachttieren" enthalten	sind bei den Kosten der "BSE-Tests bei Schlachttieren" enthalten
GESAMT	22.463.610 DM (11.485.464 €)	20.389.940 DM (10.425.214 €)	12.244.416 €	11.193.328 €

**Hilfsprogramme des Landes zum Ausgleich von BSE-bedingten
Einkommensverlusten:**

Bundesländer	<u>Hilfen für direkt von BSE-betroffene rinderhaltende Betriebe</u>		<u>Hilfen für indirekt von BSE-betroffene rinderhaltende Betriebe</u>	
	2001	2002	2001	2002
Baden-Württemberg	96.400 DM (49.289 €)	0	8.019.000 DM (4.100.050 €)	0
Bayern	4.000.000 DM (2.045.168 €)	2.000.000 €	50.000.000 DM (25.564.594 €)	2.500.000 €
Berlin	entfällt, da BSE-frei	0	entfällt, da BSE-frei	0
Brandenburg	0	0	0	0
Bremen	0	0	0	0
Hamburg	0	0	0	0
Hessen	3.129.328 DM (1.600.000 €)	0	0	0
Mecklenburg-Vorpom.	0	0	0	0
Niedersachsen	9.979.111 DM (5.102.238 €)	0	0	0
Nordrhein-Westfalen	0	0	5.600.000 DM (2.863.235 €)	0
Rheinland-Pfalz	0	0	0	300.000 €
Saarland	60.000 DM (30.678 €)	0	0	0
Sachsen	621.947 DM (318.000 €)	Zahl liegt z.Zt. noch nicht vor	0	0
Sachsen-Anhalt	0	0	0	0
Schleswig-Holstein	0	0	0	0
Thüringen	0	0	2.924.642 DM (1.495.346 €)	0
GESAMT	17.886.786 DM (9.145.373 €)	2.000.000 €	66.543.642 DM (34.023.225 €)	2.800.000 €

**Hilfsprogramme des Landes zum Ausgleich von BSE-bedingten
Einkommensverlusten:**

<u>Hilfen für das verarbeitende Nahrungsmittelgewerbe</u>		
Bundesländer	2001	2002
Baden-Württemberg	2.650.000 DM (1.354.923 €)	1.000.000 €
Bayern	nicht bezifferbar	nicht bezifferbar
Berlin	entfällt, da BSE-frei	0
Brandenburg	0	0
Bremen	0	0
Hamburg	0	0
Hessen	0	0
Mecklenburg-Vorpom.	0	0
Niedersachsen	0	0
Nordrhein-Westfalen	0	0
Rheinland-Pfalz	200.000 DM (102.258 €)	0
Saarland	0	0
Sachsen	0	0
Sachsen-Anhalt	0	0
Schleswig-Holstein	0	0
Thüringen	2.500.000 DM (1.278.230 €)	1.278.230 €
GESAMT	5.350.000 DM (2.735.411 €)	2.278.230 €

Sonstige BSE-bedingte Kosten:

Bundesländer	verausgabte Mittel 2001	eing geplante Mittel 2002
Baden-Württemberg	0	0
Bayern	0	0
Berlin	0	0
Brandenburg	0	0
Bremen	zusätzliche nicht gebühren-finanzierte Personalausgaben im Überwachungsgebiet (Schlacht- tieruntersuchung, Fleischhygiene, Futtermittelüberwachung): (332.340 €) 650.000 DM	zusätzliche nicht gebühren-finanzierte Personalausgaben im Überwachungsgebiet (Schlacht- tieruntersuchung, Fleischhygiene, Futtermittelüberwachung): 332.340 €
Hamburg	0	0
Hessen	0	0
Mecklenburg-Vorpom.	Zusätzliche Personalkosten zur Durchführung von Untersuchungen, Anschaffung von Laborgeräten etc.: (1.340.781 €) 2.622.340 DM	Zusätzliche Personalkosten zur Durchführung von Untersuchungen, Anschaffung von Laborgeräten etc.: 675.400 €
Niedersachsen	0	0
Nordrhein-Westfalen	0	0
Rheinland-Pfalz	0	0
Saarland	0	0
Sachsen	1. Entschädigung für getötete Tiere: 891.223 DM 2. für Schlachtchargen: 17.300 DM 3. Nichtabnahme von Milch aufgrund von BSE-Verdacht: 29.736 DM 4. Beihilfe für Desinfekt.: 10.500 DM (485.093 €) 948.760 DM	0
Sachsen-Anhalt	1. Gesetzliche Entschädigung: 1.526.116 DM 2. für Gewebe-/Gendatenbank: 350.000 DM (959.243 €) 1.876.116 DM	Gesetzliche Entschädigung: 2.000.000 €
Schleswig-Holstein	0	0
Thüringen	Entschädigung für Verlust eines Schlachtbetriebes: (44.129 €) 86.308 DM	0
GESAMT	(3.161.586 €) 6.183.524 DM	3.007.740 €